

Wien, Dienstag, den 18. Dezember 1923.

## W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 17. Dezember 1923.

Der Gemeinderat begann heute mit der Beratung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1924. Bgm. Seitz eröffnete die Sitzung um 10 Uhr vormittags und es wurde nach der Erledigung des Einlaufes sofort an die Beratung des Voranschlages geschritten. Die Verhandlungen wurden von dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner eingeleitet, der folgendes ausführte:

StR. Breitner: Die Beratung des Voranschlages ist natürlich zunächst die Erfüllung der dem Gemeinderate obliegenden Pflicht die Wirtschaftsführung Wiens im kommenden Jahr zu bestimmen. Darüber hinaus aber sind seit Kriegsende große und neue Aufgaben entstanden, über die ich zunächst sprechen möchte. Die Hebung der Produktion, die Erschließung von Kraftquellen aller Art, die uns von ausländischen Bezügen unabhängig machen, die Exportmöglichkeiten fördern, dem Durchzugsverkehr sei er nun ein solcher von Personen oder Waren, heben, kurzum alle Maßnahmen zur Besserung unserer Zahlungs- und Handelsbilanz sind von lebensentscheidender Bedeutung für diesen künstlich geschaffenen Staat. Es sind eigentlich lauter Probleme, die über dem <sup>Machtbereich</sup> einer einzelnen Gemeinde und sei es auch die Bundeshauptstadt, hinausgehen und stets dem Staat obliegen sind. Wenn sich indes Wien trotz der damit verbundenen großen finanziellen Lasten diesen Fragen zuwendet, so geschieht es, weil die Bundesverwaltung einseitig ihr ganzes Sinnen und Trachten nur der Herstellung des ziffernmäßigen staatsfinanziellen Gleichgewichtes zuwendet einer gewiß überaus bedeutsamen Angelegenheit, deren Lösung aber bei gleichzeitiger Vernachlässigung des eigentlichen Hauptproblems, der Bilanzierung der österreichischen Volkswirtschaft, überhaupt nicht gelingen kann. Es vollzieht sich beispielsweise die Hebung des größten Schatzes, der sich in Oesterreich überhaupt vorfindet, die Ausnützung der Wasserkräfte <sup>unter</sup> nahezu völliger Teilnahmslosigkeit des Bundes. Es ist ein ganz vergebliches Beginnen dem Finanzminister begreiflich machen zu wollen, daß es gar keine bessere Verwendung für die Völkerbundanleihe geben kann, als den Bau der Wasserkräfte, die uns vom Bezuge der ausländischen Kohle unabhängig machen. Diese Gleichgiltigkeit gegenüber dieser Schicksalsfrage des Landes geht so weit, daß die auch auf diesem Gebiete sich geltendmachende Überfremdung keinerlei Beachtung findet. So wird über die Tatsache, ob und wann die steirische Enns in weiße Kohle verwandelt werden soll, nicht in Graz und nicht in Wien, sondern in Mailand entschieden werden. Ungeachtet aller Schwierigkeiten hat Wien in dieser Beziehung seine Unabhängigkeit völlig bewahrt. Das kommende Jahr wird, sofern sich nicht unvorhergesehene Naturgewalten störend geltend machen, das denkwürdige Ereignis bringen, daß auf der 120 km langen Fernleitung aus dem der Vollendung entgegenreifender Opponitzer Werke elektrische Energie nach Wien gelangt. Das Wasserleitungswerk Kienberg-Gaming ist in Bau, mit Oberösterreich ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der Wien große Strommengen aus Partenstein sichert, wobei die Herstellung der Fernleitung bis nach Gresten zum Anschluß an das Ybbstalwerk von den städtischen Elektrizitätswerken zu besorgen ist, wofür die notwendigen großen Summen im vorliegenden Budget vorgesehen sind. Die Erschließung des Zillingdorfer Braunkohlenbeckens vollzieht sich in unausgesetzt steigendem Maße. Durch die Errichtung einer Brikettierungsanlage wird die Verwendung der sonst nicht transportfähigen Kohle auch für die Wiener Zentralen ermöglicht. So sind wir

trotz eines seit 1914 um die volle Hälfte gestiegenen Stromverbrauches schon jetzt in der Lage 42 Prozent der Energie mit Ausschaltung von Auslandskohle zu erzeugen gegenüber nur drei Prozent der Friedenszeit bei Zugrundelegung der heutigen Grenzen unseres Landes. Bis 1926 werden wir dahin gelang<sup>bis</sup> sein, uns/auf 15 Prozent unabhängig gemacht zu haben. So trägt Wien aus eigener Kraft zu einer gewaltigen Verbesserung der österreichischen Handelsbilanz bei, sichert der Industrie große von den vielfachen Produktionsstörungen, die sich in der Tschechoslovakei, in Polen, in Deutschland ergeben haben, unabhängig Strommengen und dies zu preisen, die sich tief unter der Kohlenparität halten. Die Entwicklung der Gaswerke zu einer großen chemischen Fabrik mit Leuchtgas als Nebenerzeugnis schreitet vorwärts und ein im Frieden nie gekannter oder auch nur angestrebter Export bedeutet gleichfalls wieder eine günstigere Gestaltung unserer Handelsbilanz.

Durch ein eigenes Verfahren ist es gelungen, den Koks in einer dem Hüttenkoks ähnlichen Qualität herzustellen, für die Hochöfen der Alpinen Montangesellschaft verwendungsfähig zu machen. So leistet Wien auf diesem Gebiete über den engen Rahmen eines städtischen Gaswerkes hinaus für die gesamte Volkswirtschaft nützlichste Arbeit.

An unmittelbarer Wirkung noch überragender sind die Leistungen, die sich für 1924 die Gemeinde auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens setzt. Ich meine damit nicht so sehr die gewiß überaus erwünschte Belebung der Bautätigkeit an sich, die tausenden Arbeitslosen Beschäftigung bringt, sondern vor allem die Tatsache, daß diese großzügige Linderung der Wohnungsnot die beste, ja die einzige Verteidigung des Mieterschutzes darstellt. Gerade die letzten Wochen und Tage waren aber ein Anschauungsunterricht über die entscheidende Bedeutung des Mieterschutzes für unser Wirtschaftsleben, der von niemandem unbeschadet bleiben sollte. In der Metallindustrie hat das Auf und Ab von ganz wenigen Lohnprozenten das Gespenst des Generalstreiks heraufbeschworen. Um einer angeblich aus zwingendsten Gründen der sonst gefährdeten Sanierung Oesterreichs zunächst verweigerten Weihnachtsremuneration von 70.000 K für die Bundesangestellten ist die mehrtägige Stilleung von Post, Telefon und Telegraf entstanden. Und nun stelle man sich gefälligst in aller Ruhe vor, welche Wirkung die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes, ja eine auch nur teilweise Valorisierung der Zinse haben würde. Dann geht es um Lohn- und Gehaltssteigerungen von 15 und 20 Prozent, dann stürmen Teuerungswellen einher, die wirklich geeignet sein können, die Exportfähigkeit Oesterreichs zu vernichten, die Finanzen der öffentlichen Verwaltung auf das schwerste zu erschüttern. Es ist also nicht bloß Linderung der schrecklichen Wohnungsnot, nicht nur wirksamste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht nur Hebung unserer tiefen Wohnkultur mit allen ihrensantären und moralischen Uebelständen, sondern es wird mit dieser für die Gemeindefinanzen sehr drückend fühlbaren <sup>in Form des Wohnbaues</sup> Aufrechterhaltung des Mieterschutzes allen Kurzsichtigen zum Trotze ein eminent volkswirtschaftliches Werk vollbracht.

Es sind Pflichten, zu deren Erfüllung der Bund berufen wäre. Wien nimmt sie ihm ab und erntet dafür nur Feindseligkeiten der gehässigsten Art. Nie zuvor und selbst nicht in den Zeiten des Widerstandes eines selbstherrlichen Mornachen gegen das Recht der Gemeinde <sup>sich</sup> ihr Oberhaupt nach freiem Ermessen zu wählen, waren die Beziehungen zwischen Regierung und Gemeinde so schlecht, wie gegenwärtig. Ist damals die autonome Gemeinde Siegerin geblieben und <sup>ich</sup> zweifle nicht daran, so wird dies noch mehr heute der Fall sein, wo innerhalb des Staatsganzen eine noch weit bedeutsamere Rolle Wien zufällt. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Das Ausland hat von Anbeginn erkannt, daß es ja gar kein Problem Deutschöster-

2

reich, sondern nur ein Problem der Zweimillionenstadt Wien gibt und auch die Bundesregierung wird sich auf die Dauer dem nicht verschließen können. Und wenn von steigendem Vertrauen des Auslandes gesprochen und seitens der Bundesregierung jede diesbezügliche Blätterstimme sorgfältigst verzeichnet und kundgegeben wird, so beruht dies ja nicht etwa auf einer Veränderung der Verhältnisse in Tirol, Vorarlberg, Oberösterreich oder Kärnten, nicht etwa auf den erbrachten Nachweis, daß die Landwirtschaftliche Produktion sich in stetem Fortschreiten befindet und immer größere Teile der Bevölkerung selbständig zu ernähren vermag, Probleme, die von der Bundesregierung ganz genau so vernachlässigt werden, wie der Ausbau der Wasserkräfte, sondern es ist einzig und allein das Wiederaufblühen Wiens, das von Auslande vermerkt wird. Der angebliche Teerkessel, in Wirklichkeit ein grosszügiges Pflasterprogramm von mehr als 100 Milliarden Kronen, das tadellose Aussehen der Strassenbahn, das klaglose Funktionieren von Gas- und Elektrizitätswerk, der Plan der Elektrifizierung der Stadtbahn der von Wien betriebene Ausbau der Wasserkräfte, die lebhaftes Interesse der Verwaltung am Projekte des Freihafens, alle diese Bekundungen von Lebenswillen und Lebenskraft, sie sind es, auf denen das Vertrauen es Auslands in Wahrheit beruht. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Dennoch hat der Bundesfinanzminister eben jetzt den heftigsten Vorstoß unternommen, um alle diese Aufbauarbeit womöglich zu zerstören. Keineswegs aus zwingenden Gründen der Staatsfinanzen, sondern lediglich in der Bekundung politischen Hasses, ohne Rücksicht auf die sich sonst ergebenden Wirkungen soll die Wiener sozialdemokratische Gemeindeverwaltung daran gehindert werden, ihre gegebenen Versprechungen zu erfüllen, soll das Wohnbauprogramm zum Scheitern kommen. Wohl auch mit dem Hintergedanken, daß damit das Mieterschutzgesetz am leichtesten außer Kraft gesetzt werden könnte. (Sehr richtig!) Den anderen Bundesländern verschafft dafür die Regierung das Recht, die Lehrer schlechter zu bezahlen zu dürfen und stellt ihnen durch Aufteilung der gemeinsamen Abgaben nach der Kopfzahl noch in Aussicht, sich an der Ausplünderung Wiens schadlos halten zu dürfen. Es ist letzten Endes ein Kampf darum, ob dieses Oesterreich nach dem Ideale der Bundesregierung ein Bauernstaat werden soll, der die Pflege der kulturellen und humanitären Aufgaben dem Mäzenatentum der Bankdirektoren überantwortet oder ein Staat, dessen Gepräge von Wien und dem anschliessenden Industriegebiete bestimmt wird. Die Minderheit ist bei der Beratung des Voranschlags so weit gegangen, unter völliger Verzicht auf jede Autonomie den Wunsch auszusprechen, daß der Gemeinderat sich mit der Beratung des Haushaltsplanes für 1924 überhaupt nicht beschäftigen möge, ehe der Nationalrat über die Gesetzesvorlage des Herrn Dr. Kienböck entschieden hat. Wir sind anderer Ansicht. Von der festen Ueberzeugung erfüllt, daß diese Vorlage nie Gesetz werden wird, sondern unter dem Widerstande der Bevölkerung, einschliesslich der klarblickenden Unternehmerschaft scheitern wird, haben wir unser Präliminare auf der Grundlage des geltenden Gesetzes geformt. Ohne unsere Zustimmung das Abgabenteilungsgesetz zu ändern, wäre der schmählichste Treubruch. Sollte wider alles Erwarten im Nationalrat die Mehrheit von ein paar Stimmen zur einseitigen Abänderung eines in Gesetzesform gebrachten Vertrages ausreichen, dann bleibt allerdings nichts anderes übrig, als eine nahezu oder vollständige Verdoppelung der Fürsorgeabgabe, da ein Aufgaben der Wohnbaupläne überhaupt nicht in Betracht kommt.

Der Finanzreferent geht sodann in eine eingehende Besprechung des Voranschlags selbst ein, verweist darauf, daß trotz stabilisierter Krone die Löhne und Warenpreise sich in steter Aufwärtsbewegung befinden und daß der Stadtsenat erst gestern eine Gehaltsregulierung für die

städtischen Angestellten beschlossen habe, durch die eine im Budget unberücksichtigte Mehrausgabe von rund 102 Milliarden Kronen erwächst. Wenn auch das Defizit von 700 Milliarden Kronen, also einem Viertel des gesamten Aufwandes, sehr hoch sei, so müsste andererseits bedacht werden, daß die Gemeinde produktive Investitionen in noch höherem Ausmaße vollzieht. Angesichts dem von den allgemeinen Verzinsungsverhältnissen abhängigen Markte für öffentliche Anlehen, der gegenwärtig noch nicht funktioniert, ist es allerdings notwendig, will man auf solche produktive Investitionen nicht überhaupt verzichten, zumindestens teilweise fortlaufende Einnahmen zu schaffen. Es geschieht dies im notwendigsten Ausmaße mit einem veranschlagten Ertrage von 150 Milliarden Kronen. Dabei wurde alles vermieden, was mit Recht zu einer allgemeinen Verteuerung führen könnte. Es wird in Wirklichkeit durch die geplanten Maßnahmen nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung getroffen. Auch da mögen sich in letzter Auswirkung unerwünschte Nebenerscheinungen ergeben, wie etwa die Entlassung von ein paar Hausgehilfinnen, eine ganz vorübergehende Beeinflussung der Autoindustrie bis sich gerade als Folge der erhöhten Automobilsteuer der schon jetzt merkbare Uebergang zum Kleinwagen noch stärker vollzieht, doch steht dem gegenüber die große Tatsache, daß 150 Milliarden neue Steuern für die Gemeinde die Möglichkeit von Arbeiten bedeuten, bei denen sieben- bis achttausend Menschen ein volles Jahr beschäftigt werden oder anders ausgedrückt, die Schaffung von nahezu 2000 Wohnungen. Betrachtet man diese Steuerprojekte in diesem Lichte, dann kann es nicht schwer fallen, für sie zu stimmen. Ebenso wie für dieses ganze Budget, das die Erfüllung aller in den drei Notstandsprogrammen niedergelegten Pläne, aller gemachten Versprechungen bringt, für Industrie und Gewerbe aber auch ein Jahr fruchtbringender Betätigung bedeutet. Die Wiener Bevölkerung hat am 21. Oktober sich mit der Art, in der die Verwaltung Wiens seit dem Mai 1919 geführt wird, vollständig einverstanden erklärt. Im Sinne dieses Vetums ist auch der Voranschlag für das Jahr 1924 ausgearbeitet, um dessen Genehmigung ist Sie bitte. (Lebhafter Beifall).

GR. Zimmerl (chr. soz.) kritisiert die Art der Beratung des Voranschlags. Die amtsführenden Stadträte setzen sich mit ihren leitenden Magistratsbeamten zusammen, stellen ganz nach ihrem Ermessen die einzelnen Posten auf, tragen den Voranschlag ihren Kollegen im Klub vor und dann erfolgt die Drucklegung. In diesem Augenblick ist der Voranschlag als beraten und beschlossen anzusehen. Was nachher sich abspielt ist wirklich nur eine Komödie. Wir haben zwar noch nicht die Diktatur des Proletariats, aber finanzpolitisch haben wir die Diktatur des amtsführenden Stadtrates Breitner. Von dem vorliegenden Voranschlag wissen wir, daß fast sämtliche Ziffern unrichtig sind und daß manche der Ausgabenposten in das Jahr 1925 hinüberspielen werden. Man ersieht daraus beträchtliche Steuererhöhung. Dazu ist zu sagen, daß ein übermässiges Anziehen der Steuerschraube ganz unzulässig ist. Man darf Steuern nur erhöhen, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergibt. Wenn man aber die Tätigkeit des Finanzreferenten beobachtet, so hat man das Gefühl, daß bei ihm fast eine krankhafte Veranlagung besteht, die ihn dazu treibt, neue Steuern immer wieder zu ersinnen oder doch wenigstens von Zeit zu Zeit die bestehenden Steuern zu erhöhen. Die Bourgeoisie soll spüren, daß hier im Rathause eine sozialdemokratische Verwaltung sitzt. Der Voranschlag zeigt wieder ganz offensichtlich das Bestreben die Einnahmen möglichst niedrig zu halten und die Ausgaben möglichst hoch anzusetzen, um dann ein Defizit konstruieren zu können. Und da nun der Finanzreferent sein heiß ersehntes Defizit hat, kann er seiner krankhaften Veranlagung entsprechend neue Steuern einführen. Die

Opposition wollte sachlich und Ernst an der Vorberatung mitwirken und verlangte daher, daß ihr die Grundlagen zugänglich gemacht werden, hauptsächlich wünschte sie Auskunft über die Höhe der Steuereingänge und der Kassenbestände. Der Finanzreferent hat dieser Forderung wohl teilweise entsprochen und uns die Steuereingänge bis 31. Oktober mitgeteilt aber gleichzeitig den Mitgliedern des Finanzausschusses strengste Vertraulichkeit zur Pflicht gemacht. Wir werden keinen Vertrauensmissbrauch begehen, aber wir müssen entschieden dagegen protestieren, daß die Eingänge aus den Steuerkonten gleichsam eine Privatwissenschaft des Herrn Breitner und eine Vertrauensangelegenheit darstellen sollen. Nach unserer Auffassung hat auch jeder Steuerträger das Recht über die Höhe der Steuereingänge aufgeklärt zu werden. Die Mitteilung über die Höhe der Kassenbestände hat der Finanzreferent rundwegs abgelehnt. Wo bleibt das Kontrollrecht des Gemeinderates, wenn uns die Kenntnis einer der wichtigsten Ziffern verweigert wird. Unter dem früheren Regime hat die Opposition immer über die angebliche Kontrolllosigkeit Klage geführt und jetzt richtet sie eine Parteidiktatur auf, wie sie nicht ärger gedacht werden kann. Man kommt zu dem logischen Schluß, daß Ihre Verwaltung wahrscheinlich keine Kontrolle verträgt, denn der Finanzreferent erklärt einfach, ich bin nicht gewillt, solche Auskünfte zu geben". So bleibt uns nichts anderes übrig, als daß wir uns dieses den Gemeinderäten verfassungsmässig gewährleistete Recht erkämpfen. Wir appellieren an den Gemeinderat uns zu diesem Rechte zu verhelfen und beantragen daher daß die städtischen Ämter angewiesen werden, jedem Mitgliede des Gemeinderates Auskünfte über die Steuereingänge zu erteilen und jederzeit Einsicht in die Bücher und Belege zu verschaffen. Fall Sie diesen Antrag ablehnen, behalten wir uns vor den Instanzenzug zu betreten, um uns unser Recht zu erkämpfen. Es wird wohl ein beschämendes Schauspiel sein, wenn ich als Obmann Stellvertreter des Finanzausschusses mein Recht vor dem Verwaltungsgerichtshofe werde erkämpfen müssen. Der Grund zu ihrer Weigerung liegt wahrscheinlich darin, daß sehr beträchtliche Überschüsse bestehen, deren Höhe mitzuteilen sie sich scheuen. Wahrscheinlich werden Sie wieder Hunderte von Milliarden den Großbanken zur Verfügung stellen, die noch ganz bestimmt Herrn Breitner zu ihren Ehrenmitglied ernennen wird, weil er sie in einer Weise alimentiert, wie nie zuvor jemand. Praktisch drückt sich diese Tatsache, in dem Dank vom Hause Bekessy aus". Der Morgen, die Stunde und der Abend sind voll des Lobes über sein Wirken.

Redner verweist auf die Verdienste des Bundeskanzlers Seipel zur Sanierung Oesterreichs, man müsse dem Bundeskanzler dafür danken, daß er auch die Gemeinde Wien in die Lage versetzt hat, solche Investitionsprogramme aufzustellen und durchzuführen. Wenn der Referent von einer angeblichen Behässigkeit der Bundesfinanzverwaltung sprach, so brauche man nur auf die 950 Milliarden hinzuweisen, die der Bund der Gemeinde zur Verfügung stellt, mit welchem Betrag die Gemeinde drei Viertel ihres Investitionsprogrammes zu bestreiten vermag. An der Aktiengesellschaft WAG sind die Großbanken zu einem Drittel beteiligt. Sie geben aber kein Geld her und überlassen es der Gemeinde, die ganz einfach dem Beziehern von Gas und elektrischen Strom eine Steuer auferlegte, um der WAG auf diese Weise aus öffentlichen Mitteln die nötigen Kredite zu gewähren. Ein besseres Geschäft haben die Großbanken noch selten gemacht. Die Gemeinde finanziert auch die städtischen Unternehmungen. Sie gewährt ihnen Darlehen, aber zu 12 Prozent Zinsen. Wahre Liebe zu den städtischen Unternehmungen ist das nicht.

Nun möchte ich aber schon behaupten, daß die Ziffern, die uns Herr Stadtrat Breitner über die vorhandenen Kassenbestände angibt, durchaus nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, sondern um ein beträchtliches zu niedrig gegriffen erscheinen. Ich glaube nicht zu über-

treiben, wenn ich behaupte, daß die Kassenbestände sich um 700 Milliarden Kronen herum bewegen, mit welcher Summe man ganz gut das errechnete Defizit von 693 Milliarden decken könnte, wenn man eben wollte. So wäre es möglich auf die Erhöhung schon bestehender Steuern oder gar auf die Einführung etwaiger neuer Steuern zu verzichten. In diesem Zusammenhang möchte ich auch einmal ein Wort über die Zinsfußfrage sprechen und möchte ich feststellen, daß eben dieser Zinsfuß ein ganz bedeutender ausschlaggebender Faktor im Wirtschaftsleben dieser Stadt ist. Wir wissen, daß die Gemeinde im verflossenen Jahre den Banken in die hunderte von Milliarden als Einlagegelder überlassen hat. Jedenfalls haben die Banken mit diesen Geldern glänzende Geschäfte gemacht. Andererseits verlangt aber auch die Gemeinde zehn bis zwölf Prozent Zinsen, einen Zinsfuß, der durchaus nicht danach angetan ist, die Geschäftsgebarung und Führung der kleineren Betriebe in Handel und Gewerbe zu fördern, wies es eigentlich die oberste Pflicht jeder Gemeindeverwaltung wäre. Es ist eine in der Öffentlichkeit viel erörterte Frage, daß wir alles daran setzen müssen, daß der Zinsfuß für Einlagen herabgesetzt und auch für Kredite eine Erleichterung geschaffen werde. Wir müssen doch bedenken, daß diese Tatsache eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben der Stadt spielen und die Exportfähigkeit davon abhängt, ob die Unternehmungen sich billigen Kredit beschaffen können. Erfreulicher Weise hat gerade ein Vertreter der Arbeiterkammer in einer kürzlich stattgefundenen Verwaltungsratsitzung der Nationalbank den Antrag gestellt, den Zinsfuß für Kreditgewährung mit neun Prozent festzusetzen. Wenn wir uns vorstellen, daß der Bund die Gemeinden, Handelskammer und andere Institutionen Einlagen nur unter der Bedingung machen, daß der Zinsfuß um ein Bedeutendes heruntergedrückt werde, würden wir in der Lage sein, daß Kreditbedürfnis der Industrie aus eigenen Mitteln zu decken. Es ist eine ganz falsche Zinsfußpolitik der Gemeinde, wenn sie selbst zwölf Prozent verlangt. Ich bedaure auch, daß man die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für Geldeinlagen viel zu wenig herbeizieht. Die Pensionskasse der städtischen Angestellten hat 7½ Milliarden als Einlage bei einer Großbank angelegt. Ich glaube, daß man diese Tatsache schon beseitigen könnte, da man ja doch noch nicht mit Haut und Haaren der niederösterreich. Escapotegegesellschaft verschrieben ist. Was den Posten Fürsorgeabgabe, die mit 350 Milliarden für das Jahr 1924 präliminiert ist, betrifft, muß ich rundweg erklären, daß das eine ganz gewaltige Ungeheuerlichkeit an Unaufrichtigkeit ist.

Der Herr StR. Breitner kann unmöglich selbst an die Richtigkeit dieser Ziffer glauben. Im Gegenteil muß bei der bereits stattgefundenen Erhöhung aller Löhne und Gehälter und bei den auch im kommenden Jahre zu gewärtigenden weiteren Erhöhung dieser Faktoren eine viel größere Fürsorgeabgabeziffer resultieren. In diesem Zusammenhange möchte ich auch an den Herrn StR. Breitner gerne eine Anfrage richten, ob außer den ihm nahestehenden Konsumvereinen auch noch andere Institute Fürsorgeabgabefreiheit bewilligt erhielten. Der sogenannte Verzögerungszuschlag einer Strafe, die jeder Steuerträger, der nicht in der Lage ist, auch nur um wenige Tage genau am Fälligkeitstermin die Steuern zu bezahlen und der ein Viertel des vollen Steuerbetrages ausmacht, ist gerechtfertigt gewesen in einer Zeit ständigen Wertsturzes unserer Währung. Heute aber ist dieser Verzögerungszuschlag eine wahre Schikane und Plage für die Steuerträger. Sehr einverstanden bin ich wieder mit der Einsetzung einer Post von 1½ Milliarden Kronen zur Hebung und Förderung des Fremdenverkehrs. Wir alle wissen, daß gerade durch diesen die Blüte und das Gedeihen unserer Stadt zu einem großen Teile bedungen wird. Nach dem Voranschlag beträgt das Defizit 693 Milliarden und soll durch Steuererhöhung gedeckt werden. Was soll erhöht werden? Luxussteuern? Was Sie alles als Luxus aufassen ist längst bis zur Grenze der Außer-

sten Möglichkeit besteuert. Sie erhöhen die Wohnbausteuern um 150 Prozent. Sie erhöhen die Kraftwagenabgabe auf sieben Milliarden. Dabei möchte ich bemerken, daß Sie durchaus nicht zu begreifen scheinen, daß heute das Automobil eines der wichtigsten, <sup>wenn nicht</sup> das wichtigste Verkehrsmittel ist. Eine Erhöhung der Abgabe für ~~den~~ Kraftwagen ist also durchaus keine rationelle Steuer. Bei der Hauspersonalabgabe vermischen wir auch sehr den sozialen Gedanken, daß unter Umständen es gewiß vorkommen kann, daß auch in einem bescheidenen Haushalte ein zweiter Dienstbote gehalten werden muß. Diesen Umstand zur Abgabe einer so gewaltigen Steuer zu benützen, finden wir unsozial. Auch eine Erhöhung der Wassergebühren ist vorgesehn. Wir sehen schon den Zeitpunkt kommen, wo neben diesem Anschlag auf den Reinlichkeitssinn der Bevölkerung auch noch ein solcher auf das Luftbedürfnis der Leute gemacht wird. (Heiterkeit) Das, was sie uns also nicht sagen, ist die Unaufrichtigkeit, was man draußen in der Bevölkerung heute Breitnerische Finanzkunst nennt. Aus der Vorlage Ihres Voranschlages geht hervor, daß dieser unrichtige Ziffern enthält, daß das Defizit ein vorgetäushtes ist, trotz der großen Investitionen, <sup>die</sup> wir begrüßen, verfügen Sie ja noch über bedeutende Reservebestände. Wir sind also nicht in der Lage dem hier aufgerichteten nicht demokratischen Verwaltungsprinzip unsere Zustimmung zu geben.

GR. Zimmerl beantragt, daß an Stelle des im Budget aus der Fürsorgeabgabe eingesetzten Einnahmenbetrages von 350 Milliarden der Betrag von 480½ Milliarden einzusetzen sei.

StR. Breitner erklärt, er habe schon einmal gegenüber dem GR. Kunschak festgestellt, daß er sich durchaus nicht auf den Betrag von 350 Milliarden Kronen als Einnahme aus der Fürsorgeabgabe versteife, sondern daß es nach seiner Meinung jedenfalls wahrscheinlich erscheine, daß sich im Jahre 1924 ein Betrag von 450 Milliarden ergeben werde. Dies sei erklärlich aus der Tatsache, daß eben der Aufstellung des Budgets die Verhältnisse des Monats September 1923 zugrunde lagen, die natürlich bisher schon längst überholt sind. Außerdem gehe man auch daran die Gehälter der Angestellten der Stadt Wien zu erhöhen und es müsse für Bedeckung dieser Mehrausgaben vorgesehen werden.

StR. Speiser: Durch die vom Stadtsenat am 17. ds. beschlossene Regulierung der Verwaltungsangestellten und Lehrpersonen ergibt sich als Gegenpost zur Mehrausgabe in Gruppe I, die ich bei Beratung der Gruppe I zu beantragen haben werde, ein Nettomehrerfordernis von 130 Milliarden, eine Mehreinnahme an Bundesbeiträge zum Personalaufwand im Ausmaße von 28½ Milliarden. Ich stelle daher den Antrag die Ruprik 204 um diesen Betrag von 28½ Milliarden schon mit dem Betrag von 161,551,000.000 zu erhöhen.

GR. Rotter (chr. soz.): Das uns vorgelegte Budget kennzeichnet sich durch zwei Tatsachen. Durch seine Unaufrichtigkeit und durch seine Einseitigkeit. Die Unaufrichtigkeit finden wir darin, daß die Einnahmen zu gering, die Ausgaben zu hoch angesetzt sind, natürlich alles das nur zu dem Zweck, um so einen Vorwand zu Steuererhöhungen zu schaffen. Sie haben vorgeschlagen, den Wahlen sich bemüht mit einem Budget heranzuworfen, dass man glauben hätte können, es würden sich nun die Einnahmen von den Ausgaben vollständig decken. Dem ist aber nicht so und wir sehen nun, wie Sie sich krampfhaft bemühen, ein Defizit zu konstruieren. In Wirklichkeit ist aber unser

Herr StR. Breitner eine Art Schieber geworden. Er sammelt sich nämlich Reserven, die sich von Jahr zu Jahr vergrößern und wälzt diese Reserven von Jahr zu Jahr weiter.

Der Redner wendet sich gegen die neuen geplanten Steuern hauptsächlich gegen die Ausdehnung der <sup>Fürsorgeabgabe, der</sup> Lastbarkeitsabgabe, der Hauspersonalabgabe, der Erhöhung der Wertzuwachsabgabe, welche letztere den bodenständigen Hausbesitz vollständig dem Spekulantentum ausliefert. Schieber, Gauner und Juden werden davon profitieren, wenn die Hausbesitzer genötigt sind, ihre Realitäten zu verkaufen. Das Gesetz über die Genueßmittelabgabe ist so abgefasst, daß nahezu alle Gaststätten einbezogen sind, nur die Branntweinschenken und Stehweinhallen sind ausgenommen. Will man denn wirklich, daß in Wien künftighin nur lauter Beiseln bestehen? Wenn es nur eine Luxusabgabe sein soll, so möge man auch nur die Luxuslokale besteuern. Die Erhöhung der Hauspersonalabgabe ist eine Strafe für kinderreiche Familien, sie wird bewirken, daß wieder einige hundert Hausgehilfinnen brotlos werden. Die Automobilabgabe schädigt nicht nur, wie der Referent glauben machen will, die reichen Kraftwagenbesitzer, sondern auch solide Händler und die Chauffeurs. Der Bürgermeister hat in seiner Antrittsrede auch den Schutz der gewerblichen Interessen zugesagt. Allein die Gewerbetreibenden sind einer einseitigen Steuerbedrückung ausgesetzt, sie werden systematisch niedergedrampelt. Man brauche nur an das Verhalten der Stadtverwaltung gegen die Kanalräumer, Pflasterer und Fuhrwerker zu erinnern, um zu erkennen, was Sie unter Gewerbebeförderung versteht. Der vormalige Bürgermeister Reumann habe offen erklärt, er sei nicht für die Gewerbetreibenden, sondern für die Konsumenten da.

Altbürgermeister Reumann: Das habe ich ganz anders gesagt.

GR. Rotter: Sie haben es schon so gesagt. Die Gewerbetreibenden sollen nur zahlen, der Herr Breitner hat ihnen ja sogar gedroht, wenn sie nicht pünktlich die Steuern entrichten, sie einfach einsperren zu lassen. Vor den Wahlen haben Sie den Gewerbetreibenden Honig um den Mund geschmiert und es hat wirklich einige gegeben, die Ihnen auf den roten Leim gegangen sind. Es gibt leitende städtische Beamte, insbesondere den Magistratsdirektor und den Vorstand des Gewerbeabteilaments Dr. Faber, die ganz im Geiste der amtsführenden Stadträte gegen die Gewerbetreibenden vorgehen. Ich finde es unerträglich, daß an der Spitze des Gewerbeabteilaments ein ausgesprochener Parteimann steht, der darauf ausgeht, den Gewerbetreibenden das Leben sauer zu machen. Wir müssen unbedingt darauf dringen, daß der jetzige Instanzenzug erweitert und eine dritte Instanz geschaffen werde, um den Gewerbetreibenden ihr Rekursrecht wirklich zu sichern. Denn gegenwärtig ist der Bürgermeister und Landeshauptmann die ein und dieselbe Instanz. Infolgedessen nützen Rekurse nichts. Wir lehnen dieses Budget als Klassenbudget ab, wir fordern die gleichmäßige Besteuerung aller Bewohner dieser Stadt, wir lehnen das Budget wegen seiner Unwahrhaftigkeit und seiner offenkundigen Zweck, um so einen Vorwand zu Steuererhöhungen zu schaffen. Sie haben vorgeschlagen, die gleichmäßige Besteuerung aller Bewohner dieser Stadt, wir lehnen das Budget wegen seiner Unwahrhaftigkeit und seiner offenkundigen Zweck, um so einen Vorwand zu Steuererhöhungen zu schaffen. Sie haben vorgeschlagen, die gleichmäßige Besteuerung aller Bewohner dieser Stadt, wir lehnen das Budget wegen seiner Unwahrhaftigkeit und seiner offenkundigen Zweck, um so einen Vorwand zu Steuererhöhungen zu schaffen.

Es wird hierauf die Vormittagssitzung geschlossen.

---o---o---o---

Wien, Mittwoch, den 18. Dezember 1923.

## Fortsetzung der Budgetverhandlungen.

Vizebürgermeister Hoss eröffnet um 10 Uhr die Sitzung und erteilt sofort dem am Personalreferenten amtsführenden Stadtrat Speiser zum Bericht über die Verwaltungsgruppe über Personalangelegenheiten das Wort.

StR. Speiser: Die am 17. ds. vom Stadtschat beschlossene Regulierung der Bezüge der städtischen Verwaltungsangestellten und Lehrkräfte verursacht die Aenderung mehrerer Budgetpositionen und zwar einerseits eine Erhöhung der Ausgaben für die Bezüge der Aktiven und Pensionisten, für Aufwandgebühren, für den Dienstgeberbeitrag zur Krankenfürsorge und für den Beitrag zu den gemeinsamen Auslagen des Landes Niederösterreich, andererseits eine Ersparnis bei den Personalausgaben infolge der Herabsetzung des monatlichen Multiplikators von 165.4 auf 160.4 und eine Mehrerinnahme an Pensionsbeiträgen der Angestellten, so daß sich ein Nettomehrerfordernis von 130.7 Milliarden ergibt. Ich beantrage daher diesen Betrag in den Voranschlag aufzunehmen.

Das Gesamtpersonalbudget für das Jahr 1924 weist einen Aufwand von 736 Milliarden auf. Hievon entfallen 597 Milliarden auf die Aktiven und 139 Milliarden auf die Pensionsparteien. Diese Zahlen weisen eine Erhöhung gegenüber denen des Voranschlages für 1923 auf, da dort der Gesamtaufwand mit 559 Milliarden präliminiert war. Die Erhöhung erklärt sich aus der Steigerung des Index von 137.5, auf 165.4. Der gesamte Bundesbeitrag zum Personalaufwand ist mit 133 Milliarden präliminiert, er macht jetzt nur mehr 23.3 Prozent für die Aktiven Verwaltungsangestellten und 16.6 Prozent für die Lehrpersonen und Pensionsparteien aus. Bekanntlich ist das Jahr 1924 das letzte Jahr, in dem die Gemeinde einen solchen Beitrag bekommt. Der Personalaufwand beträgt vom Gesamtbudget rund 26 Prozent, während im Voranschlag für das Jahr 1923 der Personalaufwand 43 Prozent ausmacht. Was die Personalstandeszahlen anlangt, so hatte die Gemeinde am 1. Jänner 1923 insgesamt 17.470 Verwaltungsangestellte und 7937 Lehrpersonen. Die Zahl der Pensionsparteien betrug 7402. Der Novemberstand 1923 an Verwaltungsangestellten betrug 18.313 und an Lehrpersonen 7368, zusammen also 25.681, während die Zahl der Pensionsparteien 8056 betrug. Es zeigt sich also, daß trotzdem heuer ein Abbau durchgeführt wurde, eine Verminderung des Gesamtpersonalstandes nicht eingetreten ist, was vor allem auf die Uebernahme neuer Anstalten, wie Spital Spinnerin am Kreuz, Karolinen Kinderspital, Ausbau der Tuberkulosefürsorgestellen u. s. w. zurückzuführen ist. Zu effektiven Personalvermehrung von 280 Angestellten will ich bemerken, daß die nicht übernommenen Landesbeamten, rund 170, am 1. Jänner d. J. noch nicht in den Stand des Magistrates gezählt wurden, daß sich sonach der Ueberstand auf 110 Angestellte vermindert. Rechnet man hierzu noch den Abbau von rund 840 Angestellten, so ergibt sich eine Personalvermehrung um 950. Der überwiegende Teil dieses Zuwachses wird sofort dadurch aufgeklärt, daß in den Friedhöfen, bei der Straßenpflege, im Gartenwesen und bei den Bädern zusammen 636 Saisonarbeiter mit zugezählt sind, die zum großen Teile heute nicht mehr im Dienst stehen, während ein anderer Teil infolge der günstigen Witterung länger verwendet werden konnte. Es verbleibt sonach ein Zuwachs von rund 300 an dauerndem Personal. Davon sind 143 Personen durch die Uebernahme neuer Anstalten und Betriebe in den Gemeindedienst gekommen und mit Rücksicht auf die vermehrte Bauführung der Gemeinde auch 50 technische Beamte eingestellt worden. Auch in den Steinbrüchen Mauthausen und Am Exelberg, im Kalkwerk, im Lastkraftwagenbetrieb und in den Werkstätten wurden zusammen

312 Personen eingestellt, so daß die Personalvermehrung ausschliesslich in den produktiven Zweigen der Verwaltung erfolgt ist. Ueber den Rahmen des eigentlichen Abbaues hinaus, hat also ein interner Abbau der eigentlichen Hoheitsverwaltung Platz gegriffen hat. Dieser Abbau wird konsequent und ohne daß es dazu einschneidender Vorkehrungen bedarf, fortgesetzt werden. Ich möchte nicht versäumen, auch bei dieser Gelegenheit, meiner Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß es gelungen ist, diesen Abbau durch Begünstigungen der Angestellten beim freiwilligen Austritt durchzuführen und daß es uns erspart wurde, Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Einen bedeutenden Schritt auf diesem Gebiete stellt auch die unmittelbar bevorstehende allgemeine Einführung der siebenten Dienststunde, die bisher nur in einzelnen Zweigen gehalten wurde, dar. Dadurch wird es möglich sein, auch weiterhin im allgemeinen an der Aufnahmssperre festzuhalten und so nicht nur neue Aufgaben der sich stetig erweiternden städtischen Verwaltung zu bewältigen, sondern auch, den natürlichen Abgängen zu begegnen, ohne daß für jeden Abgangsfall eine Neuaufnahme durchgeführt wird. Auch der Uebertritt von Angestellten in den wohlverdienten Ruhestand wird dadurch erleichtert.

Was die materiellen Maßnahmen zugunsten der Angestellten betrifft, so hat sich die durch die gesetzlichen Bestimmungen über den Bundesbeitrag gegebene Bindung an die Personalmaßnahmen des Bundes, wie auch schon früher als einer selbständigen Personalpolitik sehr abträglich erwiesen. Diese Bindung hindert bis auf weiteres großzügige und den Bedürfnissen der Verwaltung angepasste Maßnahmen und sie nötigt uns mitunter Dinge auf, die wir im vollen Einvernehmen mit unseren Angestellten lieber ganz anders gemacht hätten. Es ist dies klar, wenn man die Verschiedenheit der Besoldungssysteme, der Gliederung der Angestelltenschaft und der Personalstandesverhältnisse in Betracht zieht. Daß die Gemeinde Wien mit ganz anderen Mitteln den gleichen Zweck erreichen kann, hat sich beim Personalabbau ganz deutlich erwiesen.

Im Juli d. J. haben wir also jene Regulierung mitgemacht, die den Bundesangestellten eine Erhöhung der Familienzulagen brachte. Die Gemeindeverwaltung hat sich aber, die Notwendigkeit einer Bezugsregelung nicht verkennend, schon damals entschlossen, die städtischen Angestellten mit einem nach den Leistungsbezügen gestaffelten Vorschuss auf die Gehaltsregelung zu bedenken. Im Oktober wurde ein zweiter Vorschuss dieser Art gewährt. Die nunmehr beim Bunde mit dem fünften Nachtrag zum Besoldungsgesetze durchgeführte sogenannte zweite Etappe der Besoldungsreform hat der Gemeindeverwaltung die erwünschte Möglichkeit gegeben, mit den Angestellten des Magistrates und der städtischen Unternehmungen über eine Gehaltsregelung zu verhandeln. Diese Verhandlungen haben zu einem günstigen Ergebnis geführt und die Vorlage darüber wird den Gemeinderat noch beschäftigen.

Wenn ich mich nun dem Gebiete der Verwaltungsreform zuwende, so möchte ich vor allen über den Erfolg jener Verwaltungsmaßnahmen berichten die von der gegenwärtigen Mehrheit gleich bei der Uebernahme der Geschäfte in Angriff genommen wurden. Es ist erfreulich festzustellen, daß sich diese Maßnahmen durchaus bewährt haben. Die wichtigste derselben ist die Reform des Verrechnungswesens. Die Schaffung eines eigenen Kontrollamtes zur Durchführung der Kontrolle hatte ein günstiges Ergebnis. Die Tätigkeit des Kontrollamtes erstreckt sich über die Hoheitsverwaltung und die städtischen Unternehmungen und ist deswegen sehr intensiv, da sie nicht nur die rechnungsmässige, sondern auch die wirtschaftliche Kontrolle umfaßt. Die umfassenden Aufgaben des Kontrollamtes erfordern von den Angestellten ein rasches Verständnis und setzen Energie und Takt voraus, so daß es nicht immer leicht war, die geeigneten Personen zu finden. Gegenwärtig ist ein Stock solcher bewährter Angestellter herangebildet, das

2  
Kontrollamt konsolidiert und seine Tätigkeit vollzieht sich ohne nennenswerte Reibungen. Die Vereinigung der früheren Buchhaltungsbeamten mit den früheren Steueramtsbeamten zu einem einheitlichen Korps von gut geschulten Rechnungsbeamten ergab einen wichtigen Pfeiler der Verwaltung.

Die zweite Reform, die Schaffung einer einheitlichen Standesgruppe für den mittleren Verwaltungsdienst, hat sich ebenfalls voll bewährt. Es liegt dieser Reform der Gedanke zugrunde, daß nicht jede Verwaltungsarbeit von Juristen ausgeführt werden soll. In diese Standesgruppe der mittleren Verwaltungsbeamten sind vor kurzem auch die Berufsvorwände und die Angestellten des Amtsblattes aufgenommen worden. Die Gemeindeverwaltung übersieht nicht, daß sich innerhalb des Verwaltungsdienstes noch eine gewisse Gliederung als notwendig erweist, weshalb auch für den Marktdienst eine besondere Schulung und Prüfungen vorgesehen sind.

Ein besonderes Kapitel bildet die Schaffung von Betrieben, die durch die Abänderung des Buchführungssystems ermöglicht wurde. Früher war nie ersichtlich, ob ein bestimmtes städtisches Bad sich rentiert, wie teuer eine Fuhre zu stehen kommt und was in einer Anstalt ein Verpflegstag kostet. Darunter musste die wirtschaftliche Führung leiden. Die Einführung der Doppik und die Zusammenfassung gewisser Verwaltungsweige in Form von Betrieben, hat hier grundlegenden Wandel geschaffen.

Auch die Revisionsstelle für die städtischen Abgaben hat sich sehr gut bewährt. Etwas ähnliches stellt <sup>auch</sup> die Einführung einer eigenen Verpflegskostenstelle dar, deren Erfolge durchaus befriedigend sind.

Die Auflassung einzelner kleinerer Ämter, die Zusammenlegung gleichartiger kleinerer Dienststellen und Betriebe und die Zusammenfassung gleichartiger Agenden an einer Stelle wurden auch im Jahre 1923 im Sinne einer rationellen Verwaltung durchgeführt. Es wurden das Stenografenamt des Gemeinderates, die Schriftleitung des Amtsblattes und das Präsidialbüro aufgelassen. Veterinärämterabteilungen und Rechnungsabteilungen vereinigt, die Zentralrechnungsabteilung neu organisiert, der Wasserleitungsingenieur bereichsdienst zusammgelegt, die Kommunalsparkassen Döbling, Floridsdorf, Hernals und Rudolfsheim aufgelassen und mit der Zentralsparkasse vereinigt und an Stelle des bisherigen Invalidenamtes eine eigene Magistratsabteilung mit erweiterten Aufgaben geschaffen.

Was die Maßnahmen zugunsten der Angestellten anlangt, so ist es endlich gelungen in diesem Jahre das Lehrerdienstgesetz zu beschliessen, für die Feuerwehrbediensteten eine neue Dienstordnung zu schaffen und weitere Dienstordnungen für andere Gruppen vorzubereiten. Im abgelaufenen Jahre sind auch die Amtstitel der Angestellten neu geregelt worden. Vor kurzem ist es auch möglich gewesen in der Entwicklung des Pensionsrechtes der städtischen Bediensteten und Arbeiter dadurch den Schlüsselstein zu setzen, daß die Altpensionisten der Pensionskasse mit den Neupensionisten gleichgestellt wurden.

Die Ueberprüfung früherer Vorschriften und die Vereinfachung des Geschäftsganges wird fortgesetzt. Es wurde eine neue Vorschrift für die Ueberprüfung von städtischen Bauten, Herstellungen und Lieferungen ausgearbeitet und die alte, mit den jetzigen Verhältnissen nicht mehr vereinbarliche Kollaudierungsvorschrift aufgehoben. Der Geschäftsgang der Klassenverrückungen der Angestellten wurde vereinfacht und ebenso die Behandlung von Religionsaustrittsmeldungen. Ueber die Höhe und Verwendung der „stehenden Verlege“ und der „Vorschüsse gegen Verrechnung“ wurde eine neue Vorschrift herausgegeben. Die Verschreibung und Anweisung von Pflegegeldern an magistratische Pflegeparteien und an Privatanstalten wurde neu geregelt. Die Idee von allgemeinen Amtsferien, während der nur die geringsten Geschäfte zu besorgen sein werden, wird gegenwärtig verfolgt und es sind die Vorarbeiten im Zuge. In den magistratischen Bezirksämtern wurde eine neue Kanzleireform durch Auflassung der bisherigen Gruppeneinteilung

durchgeführt. Der Zustelldienst der Bezirksämter, Bezirksvorstehungen und Fürsorgeinstitute wurde zusammengezogen. Alle diese Maßnahmen sind vom Gedanken der Personalsparnis geleitet und werden auch sicher zu einer solchen führen, ebenso wie die Abschaffung der bisherigen vier Kariolwagen und die Einstellung des Automobils an Stelle derselben. In der Kanzleidirektion wird eine Angestelltenreserve zurückbehalten, die es ermöglicht, bei vorübergehendem Bedarf Personal ohne Neuaufnahmen zuzuweisen, dessen Abziehung sobald hierzu die Möglichkeit gegeben ist, durchgeführt wird.

Bei den städtischen Unternehmungen wurden ebenfalls parallel mit der Hoheitsverwaltung die Bezüge der Beamten geregelt. Nunmehr ist auch die Arbeitszeitfrage parallel mit den Angestellten der Hoheitsverwaltung gelöst worden. Die Löhne der Arbeiter sind reguliert worden. Es wurde ständig darauf Bedacht genommen, daß eine wirtschaftliche Führung dieser Unternehmungen im Interesse der Bevölkerung Platz greift. In den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken wurden neue Verrechnungsmethoden eingeführt, neue Bürobehelfe angeschafft, die Zahlung der Rechnungen durch die Postsparkasse durchgeführt, so daß diese Reformen den großen Konsumentenkreis zugute kommen. Schliesslich will ich noch darauf verweisen, daß die Intensivierung der Arbeit in den manuellen Betrieben unausgesetzt schreitet.

So glaube ich sagen zu dürfen, daß im vergangenen Jahre in meinem Ressort ebenso für die Bevölkerung wie für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde nützlich geschaffen wurde. Ich bitte um die Bewilligung der in meiner Verwaltungsgruppe angeforderten Mittel für die Fortsetzung dieser Arbeit. (Lebhafter Beifall).

GR. Stöger (chr. soz.) führt aus, daß der Krieg und noch mehr die schreckliche Umsturzzeit die Bevölkerung in eine schwere Lage gebracht habe. Niemand sei aber härter getroffen worden als die Schichte derer, die den auf ihnen lastenden Druck nicht weiter zu geben in der Lage sind, die Angestellten der Stadt Wien und des Bundes. Die städtischen und öffentlichen Angestellten hielten aber treu und fest an die überlieferte Idee reuloser Pflichterfüllung, obwohl sie buchstäblich hungerten. Selbst als sich Demagogen die Beamtenschaft zu einem grausamen Spiel ihrer Tätigkeit gemacht und ihnen Pata morgana der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit vorgegaukelt hatten, wankten sie nicht. Unter der christlich-sozialen Aera sei bekanntlich die städtische Angestelltenschaft weitaus günstiger gestellt gewesen als alle übrigen Beamten. Jetzt habe sich das Bild sehr zum Nachteil der städtischen Beamtenschaft verschoben. Es müsse aber doch gerade die Zufriedenheit der Beamten im Interesse der Gemeindeverwaltung liegen. Das bisher geübte Prinzip gerechter Entlohnung ist nun durchbrochen worden. Heute gilt nicht mehr die Leistung als Grundlage für Entlohnung und Auszeichnung, sondern eher Parteizugehörigkeit. Die Vertreter der öffentlichen und der städtischen Angestelltenschaft haben oftmals darauf hingewiesen, daß die Beamten mit Freuden den Wiederaufbau unterstützen werden. Wir vertrauen auf das Gerechtigkeitsgefühl.

.....  
Sprechstunden der amtsführenden Stadträte. Infolge der Beratung des Hauptvoranschlages im Gemeinderat entfallen morgen Donnerstag, die Sprechstunden bei sämtlichen amtsführenden Stadträten.

.....  
Um die Aufnahme dieser Notiz in die Mittagblätter ersucht  
freudlichst  
Honay.

des Bundeskanzlers Seipel, der diese edlen Züge der öffentlichen Beamtenschaft zu würdigen wissen wird. Hier sieht es aber aus, als ob der Beamtenschaft von großkapitalistischer Habsucht erdrückt werden sollten. Die Lösung der ganzen Beamtenschaftsfrage ist nicht auf dem Wege der Verabreichung von wenn auch noch so viel Papierfetzen zu erreichen, sondern ihr komme man am besten bei, durch die Verwirklichung der Ideen wie sie in einer der letzten Sitzungen Herr GR. Orel entwickelt habe, daß nämlich jedem ein eigener Grund und Haus gesichert werden müsse. Es ist selbstverständlich, daß diejenigen, die sich zur Judenschutztruppe gemacht haben, solche Ideen nicht leicht verstehen. Alle aber, die den ernstlichen Willen hätten, diesem Elend der Beamtenschaft wirklich zu steuern, die würden ihre Ohren für diese Forderungen nicht verschließen. Es werde gewiß eine Zeit kommen, wo ein großer Teil der Anhängerschaft der heutigen Gemeinderatsmehrheit, deren bloße Utopien nicht mehr verfolgen würden und sich von den Herrschgelüsten eines Ahasver nicht weiter leiten ließen. Durch die Verwirklichung der Idee Land und Haus, besonders für die Beamten, wäre die diesem so notwendige Unabhängigkeit gewährleistet, es wäre die Haushaltsführung eine viel leichtere, es wäre die Frau nicht mehr gezwungen als Lohndrückerin zu fungieren. Besonders die Beamtinnen wären wieder Herrscherinnen im eigenen Heim und könnten sich ihrer Familie widmen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Das Arbeitslosenelend würde mit einem Schlage beseitigt werden. Wohlstand der Massen würde wieder eintreten, Zufriedenheit und Ruhe wieder herrschen. Mit der Durchführung des Wohnbauprogrammes hätte die Gemeinde günstige Gelegenheit die Lösung dieser Seite der Beamtenschaftsfrage in Angriff zu bringen. Es liege in der Hand der städtischen Verwaltung, das Elend ihrer Beamtenschaft zu lindern. Weit schlechter als die materielle Seite sei es um die seelische Seite bestellt. Hier herrschen Verhältnisse, die mit keinem anderen Worte treffender bezeichnet werden könnten, als mit dem Ausdrucke Korruptionswirtschaft. Besonders das Auszeichnungswesen, wie es jetzt geübt wurde, sei danach angetan, das Vertrauen der Beamtenschaft auf die jetzigen Machthaber vollständig zu untergraben und in die Reihen der Beamtenspaltung zu bringen. Nicht mehr Leistung und Arbeit ist es, die von den entscheidenden Stellen gewürdigt werden, sondern höchstens noch Organisations- und Parteizugehörigkeit. Aus diesem Grunde beantragte der Redner der Gemeinderat wolle beschließen, das bisherige Auszeichnungssystem aufzulassen und die Liste der im November Ausgezeichneten zu veröffentlichen.

GR. Doppler (chr. soz.) bemängelt die Tätigkeit des Verwaltungsausschusses, welchem grundlegende Veränderungen im Inneren Verwaltungsbetriebe erst vorgelegt werden, wenn sie schon vollzogen sind. Man hat Abteilungen aufgelassen, neue errichtet, Wirkungskreise verschoben, verschiedene andere einschneidende Reformen eingeführt und der Ausschuss, der berufen ist, darüber zu entscheiden, der wusste nichts davon, seine Mitglieder erfahren das alles nur so nebenbei von Referenten. Eine solche Brückierung könne sich die Opposition nicht ruhig gefallen lassen, hier müsse Wandel geschaffen werden. Der Redner bemängelt weiter den Geschäftsgang der anderen Ausschüsse. Es gibt Ausschüsse, wo man nie eine Vorlage zu Gesicht bekommt, wo nicht einmal eine Tagesordnung besteht, wie sollen dessen Mitglieder sich über die zu beratenden Vorlagen ein richtiges Bild machen? wenn sie davon erst aus dem Referat Kenntnis erlangen. Die Ausschüsse haben doch den Zwecke der Vorberatung, aber man könne nur beraten, wenn man die Möglichkeit hat vorher alles zu prüfen. Seit dem die sozialdemokratische Mehrheit an der Herrschaft ist, wickeln sich alle Vorgänge hinter den Kulissen ab, die wichtigsten Vorlagen werden im engsten Kreise der amtsführenden Stadträte ausgekocht, bestimmte Magistratsbeamte unter dem strengsten Siegel der Verschwiegenheit informiert, mit der Ausarbeitung beauftragt und der Ausschuss dann vor eine vollzogene Tatsache ge-

stellt. Würde man den normalen Weg gehen, wie es der wahren Demokratie entspricht, dann müssten die Anträge zunächst im Ausschusse zur Diskussion gestellt und erst auf Grund dieser Vorberatung dürfte die Ausarbeitung der Vorlage erfolgen. Bei Befolgung dieser Grundsätze wäre für den Ausschuss für Verwaltungsreform ein reiches Arbeitsgebiet offen. Zu den Personalangelegenheiten selbst bemerkt Redner, daß auf diesem Gebiete die Politik vollkommen ausgemerzt werden müsse. Leider habe die Opposition viel Anlaß zur Klage, sie müsse ununterbrochen Beschwerde führen, daß die Mehrheit ihre ganzen Verwaltungskünste dazu verwendet und einseitig nach ihren politischen Grundsätzen vorzugehen. Entgegen den Anschauungen ihres Führers, Dr. Otto Bauer, über die Behandlung von starken Minoritäten huldige die Rathausmehrheit dem brutalen Majoritätsprinzip. Es unmoralisch auf der einen Seite alle Rechte für sich in Anspruch zu nehmen und gleichzeitig auf der anderen Seite der Minderheit alles zu verweigern. Es wäre höchste Zeit, daß die Mehrheit in diesem Saale von dem reinen Machtstandpunkt abgeht und die Minderheit auch wirklich mitarbeiten lässt. Das unumschränkte Machtprinzip werde besonders in der Beamtenschaft angewendet. Die außertourlichen Beförderungen sind ein schlagender Beweis hierfür. Offiziell erfährt man über die Grundsätze, die hierbei gelten, nichts, man hört jedoch, daß die Vertrauensmänner und Betriebsräte die entscheidenden Vorschläge zu den Aufzeichnungen erstatten. Kürzlich habe der Bezirksvorsteher von Meidling den ausgezeichneten Beamten gesagt: das ist der Erfolg unserer Partei. Es hat sich ein System herausgebildet, daß die Opposition mit aller Schärfe verurteilen und bekämpfen müsse. Die politische Ueberzeugung der Beamten werde ebenso wenig geachtet, wie ihre persönliche Freiheit. Ein kleiner Beweis sei die jüngst getroffene Verfügung der Krankenfürsorgeanstalt für städtische Bedienstete, wonach den versicherten Mitgliedern zwangsweise vorgeschrieben wird, daß im Falle ihres Ablebens das Leichenbegängnis nur durch die städtische Leichenbestattungsanstalt erfolgen könne. In der Verfügung heißt es, daß keine Geldleistungen mehr verabfolgt werden, sondern lediglich das Begräbnis durch die städtische Anstalt zugesichert werde.

GR. Kunschak: Die Renaissance des Truksystems!

GR. Doppler: Wir haben also alle Ursache mit der gegenwärtigen Verwaltung unzufrieden zu sein. Ein Mißstand eigener Art sei das Tragen von Parteiabzeichen im Dienste. Es ist unerträglich, daß in allen Aemtern die Beamten mit dem sozialdemokratischen Parteiabzeichen sitzen, viele auch geschmückt mit dem Zeichen des Freidenkerbundes. Der Bürgermeister müsse energisch gegen diesen Unfug einschreiten und den Beamten sagen: Im Dienste seid ihr Beamte, sonst nichts.

GR. Binder (chr. soz.) führt aus, daß man bei Kapitel 1 vergeblich nach der Fürsorge, die die Gemeinde für ihre Angestellten zu leisten verpflichtet wäre, suche. Der festgesetzte Posten von 30 Millionen Kronen zur Kreditgewährung an die Beamtenschaft sei ein viel zu geringer Betrag, als daß man mit ihm wirklich eine ausreichende Unterstützungskaktion für die Angestellten Gewähr leisten könne. Wenn die Vorschüsse mit so horrenden Zinsen, wie sie verlangt werden, innerhalb eines Jahres rückzahlen müsse, dann könne man das schon keine Kreditaktion, sondern eher eine Bedrückung der Beamtenschaft nennen. In früheren Zeiten wäre das ganz anders gewesen. Da seien viel höhere Beträge als Vorschüsse an die Beamten, die in Not und Elend geraten waren, geleistet worden und diese wären nicht in einem Jahre, sondern in 24 Monatsraten rückzuzahlen gewesen. Es scheine die heutige Gemeindeverwaltung wolle solcher Art neue Ketten ersinnen, mit denen die Beamtenschaft an die sozialdemokratische Parteiorganisation und Institution gefesselt werden

voll. Ueberall seien Einflüsse bemerkbar, die darauf hinarbeiten, die Beamtenschaft zum Beitritt in die Zwangsorganisation, in den einzelnen Betrieben und Büros zu zwingen. Zu diesem Zwecke habe man ein ganzes Spitzelsystem im Haus und sogar auf der Strasse durchgeführt, um die Leute ihrer freien Meinung und ihrer religiösen christlichen Gesinnung zu berauben. Füge sich einmal ein Angestellter dem Terror nicht, dann laufe er Gefahr auf einen Posten versetzt zu werden, der für ihn einen schweren materiellen Abbruch bedeutet. Bezüglich der Auszeichnungen möge er nur auf die Tatsache verweisen, daß von 492 ausgezeichneten Lehrpersonen nur acht Christlichsoziale waren. Es gibt nicht das Prinzip der Leistung und der Tüchtigkeit, sondern das der Parteizugehörigkeit. Ueberall treibe die Rathausverwaltung Parteilichkeit und Politik. Redner glaube aber, es werde nicht mehr lange dauern, würde auch die Beamtenschaft das auf ihr lastende schändliche Joch abschütteln.

GR. Orel (christl.)

Es zeigt sich Ihre Willkürherrschaft auf allen Gebieten. Auszeichnungen, Wohnungszuweisungen, wie überhaupt die ganze Verwaltung sind Ihrer Willkürherrschaft unterworfen. Wir haben in der Stadtverwaltung gar nichts zu reden und unter den acht amtsführenden Stadträten ist kein einziger von unserer Partei. Sie vertreten gar nicht die Mehrheit der Bevölkerung, Sie haben in den Bezirken Stimmfabriken und die Juden heimatberechtigt gemacht. Der Bürgermeister hat in seiner Antrittsrede zum Ausdruck gebracht, daß er sogar gewillt ist, das bisherige Regime weiter beizugehalten. Der Redner bespricht nun ausführlich das Eherecht und die Erteilung der Ehedispense durch die Wiener Landesregierung und verweist darauf, daß in einem Bericht der Arbeiterzeitung über einen Eheprozeß der Verteidiger bemerkt hat, daß es im Eherechte heute so weit gekommen ist, daß niemand weiß, was eigentlich richtig ist. An diesem Zustand trage Ihre Partei die grösste Schuld, die auch die Ehe zerstören will und die dort, wo ein Dreh in unserem Rechte möglich ist, ihn anwendet. Sie gehen sogar so weit, daß Sie rechtmässige, gesetzliche Ehefrauen, die unschuldig - also aus dem Verschulden des Mannes - von ihrem Manne getrennt sind, um ihre Pensionsansprüche bringen. Sie haben Verfügungen erlassen und zwar Massnahmen für die städtischen Pensionsparteien und dann in den Satzungen der städtischen Krankenfürsorgeanstalt in denen Sie folgende verfügen: Während früher immer in allen derartigen Pensionsvorschriften selbstverständlich bestimmt war, daß wenn eine Frau von ihrem Manne getrennt war, geschieden ist, aber nicht aus ihrem Verschulden, sondern aus dem Verschulden des Mannes, daß dann diese rechtmässige Frau und nicht die Konkubine, die der Mann in die Dispense genommen hat, pensionsberechtigt ist. Sie haben das annulliert und die rechtmässige Frau ihrer Pensionsansprüche beraubt, indem Sie verfügt haben, daß dann, wenn dieser Lump von einem Ehemann, eine Dispense eingehet und Sie bewilligen sie ihm, diese Frau um ihren Pensionsanspruch gebracht wird. Das heisst gewaltsam die Rechtmässigkeit untergraben und die heiligen Rechte, die durch ein Ehe begründet werden, mit Füßen treten! Auch aus diesem Grunde können wir nicht für den Gehalt des Bürgermeisters stimmen. (Beifall).

StR. Speiser (Schlusswort): Der Referent kommt in seinem Schlussworte kurz auf die von den oppositionellen Rednern vorgebrachten Einwendungen und Beschwerden zu sprechen. Die von GR. Stöger vorgeschlagene Idee „Land und Haus“ müsse er leider ablehnen, weil er nicht ausführbare Projekte verfolgen könne, sondern darauf sehen müsse, daß die Angestellten zunächst ordentliche Gehalte bekommen. Neuerdings sei zu betonen, daß die behaupteten parteimässigen Auszeichnungen nicht vorkommen, auch bei den

Lehrern nicht. Sollte wirklich eine grössere Anzahl von gut qualifizierten Lehrern aus den Kreisen des Zentralvereines stammen, so sei das gewiss nur recht und billig, denn man dürfe nicht vergessen, daß diese Lehrer unter dem christlichsozialen Regime seit Jahren den schwersten Verfolgungen ausgesetzt waren. Es wäre also sicher nichts als ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn die Schulbehörde bei solchen Lehrkräften die mannigfachen Zurücksetzungen in Erwägung gezogen und sie nun vorgeschlagen hat. Ich werde übrigens bei der Schulbehörde Erkundigungen einziehen. Bezüglich der Beschwerden wegen der Pensionierungen sei darauf zu verweisen, daß manche Lehrkräfte, die unter dem früheren Regime zurückgesetzt worden sind, jetzt allerdings Berücksichtigung gefunden haben. Beispielsweise war der Lehrer Jenny 21 Jahre Unterlehrer, während andere unter der christlichsozialen Herrschaft nur drei Jahre es geblieben sind. Und aus diesem Grunde wird Jenny, der so spät Oberlehrer geworden ist, vielleicht einige Jahre länger im Dienste bleiben. Das sei nur dur's Haus gerecht. (Beifall bei der Mehrheit.) Ich glaube, daß die Direktionen und die Abteilungsleiter sich mit ihren Personalvertretungen besprochen haben und daß daraus die Vorschläge hervorgegangen sind. GR. Stöger hat auch von der Freimaurerei in Frankreich gesprochen und hiebei die Geschichte von einer Ohrfeige erzählt. Ich hoffe, daß er das nicht im Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Referenten gesagt hat und will nur bemerken, daß ich einer solchen Ohrfeige mit den nötigen Mitteln entgegentreten würde. (Heiterkeit bei der Mehrheit.) Gegen die Veröffentlichung der Listen der Ausgezeichneten habe ich nichts einzuwenden, nur bestehen technische Schwierigkeiten, eskann aber jedermann in die Liste der Ausgezeichneten Einblick nehmen. GR. Doppler hat gewünscht, daß ich ein Programm für die Verwaltungsreform vorlege. Zu seinen diesbezüglichen Beschwerden möchte ich bemerken, daß GR. Doppler seine wertvolle Mitarbeit im Ausschusse scheinbar zu sehr herabsetzt. Er hat ja in intensiver Weise an den Beratungen teilgenommen, vielfach Anregungen gegeben, die auch berücksichtigt wurden. Die wirkliche Verwaltung müssen wir hier führen. Wenn wegen der Einflüsse der Opposition vergleichsweise auf den Bund hingewiesen wurde, so kann ich nur sagen, daß dieser Einfluss auch im Gemeinderate nach dem Kräfteverhältnisse der Parteien sich richtig und zweifellos wachsen wird, wenn die Opposition erstarken sollte. Uebrigens habe die Opposition hier einen stärkeren Einfluss als drüben im Nationalrat, weil ihr durch die Mitarbeit in den Ausschüssen bedeutende Rechte eingeräumt und durch vier Mitglieder im Stadtsenate eine fortlaufende Kontrolle ermöglicht ist, während mir nichts darüber bekannt ist, daß in der Bundesregierung vier unserer Parteigenossen als Kontrolle sitzen. Was den Vorwurf anbelangt, daß unsere Personalpolitik voneinseitigen Gesichtspunkten beeinflusst werde, habe ich mir seit Jahren vergeblich die Mühe gemacht, die Grundsichtigkeit solcher Behauptungen nachzuweisen. Die Kritik wegen des Tragens von Parteiabzeichen durch Beamte im Dienste ist gerechtfertigt.

Meine Ausführungen über die Verwaltungsreform haben im allgemeinen keine Ablehnung gefunden. Was aber die Angestellten anlangt, werden sie selbst zu entscheiden haben, wo sie sich besser fühlen, bei uns oder bei <sup>einer</sup> anderen öffentlichen Verwaltung.

Der Voranschlag für die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten wird sodann gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen, desgleichen ein Zusatzantrag des Referenten auf Einsetzung der Beträge, die sich aus der erfolgten Gehaltsregulierung ergeben.

Bürgermeister Seitz schliesst hierauf um  $\frac{1}{2}$  2 Uhr die Sitzung, die um 5 Uhr fortgesetzt wird.